

Presseinformation



Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Stellv. Pressesprecher
Dr. Jörg Nickel

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503
Fax: 0431 / 988 - 1501
Mobil: 0178/28 49 591

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 558.10 / 27.09.2010

Bittere Enttäuschung für Hartz IV-Bezieher

Zu den neuen Hartz IV-Sätzen erklärt die sozialpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, **Marret Bohn**:

Um fünf Euro will Ursula von der Leyen die Regelsätze für Hartz IV-Leistungen auf 364 Euro im Monat erhöhen. Dabei haben Sozialverbände schon lange vorgerechnet, dass zur Sicherstellung des Existenzminimums minimal 420 Euro notwendig wären. Die Kinderregelsätze will die Bundesarbeitsministerin großzügig so lassen, wie sie sind. Nach Angaben des Ministeriums seien die Kinderregelsätze zu hoch und sollen bei den jährlichen Regelsatzanpassungen wieder einkassiert werden.

Der Vorschlag zur Neuregelung der Grundsicherung für Arbeitssuchende zeigt das wahre, das unsoziale Gesicht der Bundesregierung. Diese Politik ist weder sozial, noch zukunftsorientiert, noch transparent. Sie ist eine schallende Ohrfeige für Arbeitslose, Familien und Kinder, die weiter an der Armutsgrenze leben müssen. Die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes für eine Gewährleistung des Existenzminimums, für gerechtere Bildung und soziale Teilhabe werden nicht umgesetzt.

Die Vorschläge von der Leyens zur Neufestsetzung der Regelsätze sind eine bittere Enttäuschung für die Betroffenen. Die Bundesregierung betreibt Politik nach Kassenlage. Dafür spricht auch, dass sie in den Haushaltsberatungen bewusst keinen Vorschlag zur Finanzierung der Reform im Sozialhaushalt vorgelegt hat.

Schwarz-Gelb spaltet die Gesellschaft. Auf der einen Seite Bankmitarbeiter, deren Gehälter bei über 500.000 Euro liegen und auf der anderen Seite fünf Euro mehr für Arbeitslose.

Das passt nicht zusammen. Wir Grünen werden die gestern veröffentlichten Zahlen überprüfen und gegebenenfalls Verfassungsbeschwerde einreichen. Wir fordern die Schleswig-Holsteinische Landesregierung auf, sich diesem Theater zu verweigern und im Bundesrat diesen unsozialen Gesetzentwurf abzulehnen.
